Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 12000. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländisch. Verkehr ℳ 12000 mit Postbestellgebühr. (Nacherhebung vorbehalten.) In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 700.- ℳ außerhalb desselben 800.- ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunftserteilung 300 Mk. Reklame-Zeile 2000 ℳ. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 5. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 156. | Neuenbürg, Samstag, den 7. Juli 1923. | 81. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Die Geldentwertung macht immer noch furchtbare Fortschritte. Deutschland steht heute tief unter Oesterreich. Die Teuerungswelle droht alles zu verschlingen. Bis jetzt sucht man sich dadurch zu helfen, daß einer den anderen als Ausbeutungsobjekt betrachtet und daß der Staat seinen Beamten die Löhne ebenso hinaufsetzt, wie Industrie und Handel ihren Arbeitern und Angestellten. Aber jede Erhöhung hat unmittelbar wieder eine Verteuerung zur Folge. Die Preise sind ja überall bekannt. Das Schlimmste ist, daß sie offenbar ihren Höhepunkt noch gar nicht erreicht haben. Natürlich folgen jetzt auch die Wohnungsmieten nach, und das Reich wird wohl mit einer weiteren Verdrei- oder Verfünffachung der Gebühren in seinen Verkehrsanstalten auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. So treibt ein Keil den anderen, bis schließlich der politische und wirtschaftliche Körper Deutschlands gespalten ist.

Wie soll danchen das Reparationsproblem gelöst werden? Was die Franzosen im Versailler Vertrag an politischen Absichten nicht durchsetzen konnten, versuchen sie fortgesetzt durch Sanktionen zu erreichen. Unser Abwehrkampf an der Ruhr wird durch die schlechte Valuta bedeutend erschwert und ist natürlich auch an ihrer weiteren Verschlechterung mitschuldig. Hätten wir im Mai 1921 das Londoner Ultimatum abgelehnt und den angedrohten Ruhreinmarsch von damals über uns ergehen lassen, es wäre wahrscheinlich besser gewesen; denn damals stand der Dollar noch auf 60, dagegen beim Beginn des jetzigen Ruhrkampfes schon auf 7000, trotzdem müssen wir den Kampf durchhalten. Man hat in dieser Woche gewisse Entscheidungen erwartet, aber es scheint nun nicht dazu zu kommen. Fest steht nur, daß diesmal ein ganz ernsthafter Kampf zwischen England und Frankreich ausgebrochen ist, nicht als ob die Engländer etwas uns zuliebe täten, sondern ganz einfach aus dem Grunde, weil ihnen selbst der Uebermut und die Großmannssucht der Franzosen gefährlich wird. Es wird auf beiden Seiten schon regelrecht gerüstet, zunächst in der Luftflotte. Aber auch Amerika richtet sich auf bevorstehende Auseinandersetzungen durch eine Vermehrung der Luftstreitkräfte ein. Es werden scharfe diplomatische Noten gewechselt und drohende Zeitungsartikel geschrieben. Allein wir Deutsche dürfen uns dabei keinen Illusionen hingeben: Es ist noch weithin, bis die anderen sich in die Haare fahren; Frankreich hat noch zu viel Trümpfe in der Hand, als daß es sein Spiel aufzugeben brauchte.

Eine wichtige Rolle dabei spielt der hl. Stuhl in Rom. Papst Pius XI. hatte den ungeheuren Mut, in seinem bekannten offenen Briefe an den Kardinalstaatssekretär Gaspparri Frankreich, wenn auch mit aller Vorsicht, zur Mäßigung zu mahnen. In Paris fing man deswegen an zu rasen und der französische Episkopat machte keine Miene, die Aufregung zu dämpfen. Poincare warf die päpstliche Note sozusagen an die Wand. Inzwischen ist das Bombenunglück in dem belgischen Militärzug auf der Brücke bei Duisburg passiert. Es ist noch keineswegs erwiesen, daß es sich um einen deutschen Anschlag handelt, aber der französische Botschafter am Vatikan übte solange einen scharfen Druck auf die Kurie aus, bis der Papst sich entschloß, diesmal nicht in einem Brief an seinen Kardinalstaatssekretär, sondern in einem Telegramm an den Nuntius in Berlin von der deutschen Regierung zu verlangen, daß sie „ein für allemal solchen verbrecherischen Widerstand verurteile, der vom hl. Vater selbst verurteilt wird." Dadurch ist nun in Deutschland allerhand Staub aufgewirbelt worden, von dem zu hoffen ist, daß er sich recht bald wieder legt; denn selbst wenn der letzte Schritt des Papstes einen Rückzug auf unsere Kosten bedeuten würde, was ebenfalls noch nicht erwiesen ist, so könnten wir doch seine wertvolle moralische Unterstützung in Zukunft nicht entbehren.

Der Reichstag geht demnächst in die Sommerferien. Vorher soll es noch einmal eine große politische Aussprache geben, die genau soviel Wert hat, als ob man den Bodensee mit den paar hineingeworfenen Steinen zum Ueberlaufen bringen wollte. Es wird wohl auch zu einer Regierungserklärung gegen die Sabotage, d. h. gegen diese Sprengungen und ähnlichen gewaltsamen Abwehrakte unserer unterdrückten Brüder an der Ruhr kommen. Vorläufig hat der Reichskanzler noch Besprechungen mit dem Nuntius Paccelli. Lange und ungestörte Reichstagsferien wird es auf keinen Fall geben, denn wir stehen auf vulkanischem Boden, schon wegen der furchtbaren Teuerung. Auch ein Metallarbeiterstreik kann jeden Augenblick ausbrechen. Einstweilen tritt dann noch der württ. Landtag zusammen. Seine Tagung dürfte diesmal ziemlich lange dauern. Zunächst ist ein Defizit der Landesverwaltung von 140 Milliarden Mark aus der Welt zu schaffen, dann ist die Gemeindesteuerreform zu lösen und schließlich steht uns auch noch die parlamentarische Fortsetzung der einstigen Ministerkrisis bevor. Die Sozialdemokratie wird jetzt die Gelegenheit haben, ihre Wünsche nach einer stärkeren Beteiligung an der Regierung zu einer Machtprobe zu gestalten. Freilich, wenn man die Schwenninger Rede des ehemaligen Arbeits- und Ernährungsministers Keil gelesen hat, dann sieht es nicht so aus, als ob sie es damit sehr eilig hätte.

Deutschland.

Stuttgart, 6. Juli. Bei der Weiterberatung des Gemeindesteuergesetzes hat der Steuerausschuß gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Demokratie die Bestimmung gestrichen, wonach in den Fällen, in denen wegen besonderer Verhältnisse die einheitliche Umlage das eine oder andere Kataster erheblich überlasten würde, ausnahmsweise verschieden festgesetzt werden kann. Gestrichen wurde ferner mit den Stimmen der Bürgerpartei und der Sozialdemokratie die Baulandsteuer, die die Sozialdemokratie von 0,5 auf 5 Prozent hatte erhöht wissen wollen, ohne mit ihrem Antrag durchzudringen. Angenommen wurde gegen die Sozialdemokratie die Einwohnersteuer, desgleichen die Fremdenwohnsteuer, die Vergnügungssteuer und die Hundesteuer. Bei der Getränkesteuer beantragte die Deutsche demokr. Partei die Steuerbefreiung des von den Verbrauchern selbst hergestellten Mostes, die Sozialdemokratie die Steuerbefreiung des Obstmostes überhaupt. Der demokratische Antrag wurde angenommen, der sozialdemokratische abgelehnt. Abgelehnt wurden ferner mit den Stimmen der BP. und der Soz. die Getränkesteuern. Die Wertzuwachssteuer wurde angenommen, desgleichen die Wegsteuer und die Bestimmungen über die Amtskörperschaftsumlage.

Neunkirchen a. d. S., 6. Juli. Sämtliche kommunistischen Stadtverordneten und Beigeordneten legten ihre Aemter nieder. Im Stadtrat gaben sie die gemeinsame Erklärung ab, daß sie eingesehen hätten, daß zurzeit nach kommunistischen Methoden nicht regiert und verwaltet werden könne. Die Stadtverordneten und Beigeordneten sind zusammen mit etwa 50 Prozent der Mitglieder der dort bisher sehr starken kommunistischen Partei geschlossen zur Vereinigten Sozialdemokratie übergetreten.

Berlin, 6. Juli. Wie der „Tag" aus Essen erfährt, mehren sich die Anzeichen immer mehr, daß die Sprengungen auf der Duisburger Brücke auf französische und belgische Veranlassung verübt worden sind. So wird jetzt bekannt, daß die Sperre, die infolge der Sprengung verhängt worden ist, wahrscheinlich seit längerer Zeit geplant und vorbereitet gewesen ist. — Nach anderen Nachrichten handelt es sich um die Explosion des zur Beleuchtung der Wagen dienenden Oelgases.

Erhöhung der Notstands-Unterstützung für Sozialrentner.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. ab sind die Geldbeträge im Notstandsmaßnahmengesetz für Sozialrentner weiter erhöht worden. Es betragen nunmehr die jährlichen Höchstsätze für das Gesamtjahreseinkommen: für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente 4 320 000 Mark, für Empfänger von Witwen- oder Witwerrente 3 888 000 Mark und für Empfänger von Waisenrente 3 160 000 Mark; die Höchstsätze für die Kinderzuschläge für jedes Kind 900 000 Mark, der Höchstzusatz für die Gattenzulage 900 000 Mark, die Freigrenze für das Arbeitseinkommen 4 320 000 Mark und die Freigrenze für die in § 2 Abs. 5 RNG. genannten Bezüge 1 296 000 Mark. Die beschleunigte Auszahlung der erhöhten Bezüge ist angeordnet.

Englischer Pessimismus.

München, 6. Juli. Der Londoner Vertreter der Münchener Neuesten Nachrichten kabelt seinem Blatte, daß es trotz strengstem Stillschweigens amtlicher Kreise ein offenes Geheimnis ist, daß die Regierung in London die Lage sehr schwarz sieht und kaum noch hofft, die bestimmten und klaren Antworten von Frankreich zu erhalten. Ein leitender Staatsmann sagte zu dem Londoner Vertreter der Münchener Neuesten Nachrichten: Wenn es ein Trost für Sie ist, kann ich Ihnen sagen, daß die Situation für uns kaum weniger aussichtslos ist als für Deutschland. Die Regierung wird aber den Versuch, Frankreich noch vernünftig zu machen, trotz allem noch fortsetzen. Die lange gestrige Unterhaltung des italienischen Botschafters mit Lord Curzon förderte die Verständigung Englands und Italiens sehr."

Truppenverstärkung im Ruhrgebiet.

Essen, 6. Juli. Seit Tagen haben die Franzosen ihre Truppenmacht im Ruhrgebiet bedeutend verstärkt. In Gelsenkirchen sind zwei neue Bataillone untergebracht worden.

Huldigungstelegramm der Eisen- und Stahlindustriellen für Krupp.

Berlin, 5. Juli. Der Verein „Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen" sandte gestern anläßlich seiner im Hotel Esplanade eröffneten Mitgliederversammlung folgendes Telegramm an Herrn Krupp von Bohlen und Halbach: „Die deutschen Eisen- und Stahlindustriellen gedenken gelegentlich der Jahrestagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen in Berlin der grausamen Verfolgungen an ihren Freunden und Führern im besetzten Gebiet. Allen, die schuldlos ausgewiesen, verhaftet und verurteilt sind, insbesondere Ihnen, Herr Krupp von Bohlen und Halbach, gilt unser Gruß. Unser Wille zur Abwehr aller Gewaltmaßnahmen steht unbeugsam fest. Wir glauben an den Erfolg und erhoffen ihre baldige Befreiung."

Wirkung des holländischen Protestes.

Gelsenkirchen, 6. Juli. Auf holländischen Einspruch hin, das keine Vertragskohle mehr erhielt, ist von den Franzosen die Stillegung des Verkehrs bei Gelsenkirchen-Süd wieder aufgehoben worden.

Mitschuld der Franzosen und Belgier an den Sabotage-Akten.

In einer Pressekonferenz hat sich Regierungspräsident Dr. Grützner über die Sabotageakte geäußert. Er verurteilt sie, weil sie nur geeignet seien, die Erbitterung und den Mißmut bei der Bevölkerung des besetzten Gebiets hervorzurufen. Er wies aber gleichzeitig auf die gestern schon gemeldete Tatsache hin, daß die Besatzungsmächte einen großen Teil der Schuld trügen, schon dadurch, daß Franzosen und Belgier Waggons mit Dynamit, das zu Sprengungen in den Bergwerken bestimmt ist, beschlagnahmt und monatelang, kaum bewacht, auf toten Geleisen stehen lassen. Herr Grützner betonte auch, daß Kommunisten mit belgischen Kriminalbeamten zusammenarbeiten. Neulich haben bekanntlich Kommunisten und belgische Geheimpolizisten, wie einwandfrei festgestellt worden ist, in einer Wirtschaft in Duisburg den Plan besprochen, das dortige Rathaus in die Luft zu sprengen.

Eine fachkundige wissenschaftliche Stimme zum Duisburger Eisenbahnunglück.

Köln, 5. Juli. Die „Rheinische Tageszeitung" veröffentlicht eine Zuschrift von fachkundiger wissenschaftlicher Seite über das Duisburger Eisenbahnunglück, in der auf die Tatsache hingewiesen wird, daß das Untergestell des gesprengten Wagens fast unversehrt geblieben ist und daß auch die Gleise und die Brückenbahn nicht beschädigt worden sind, daß dagegen der Wagenkasten vollständig auseinandergeflogen ist. Es gibt — so heißt es in der Zuschrift — nur eine einzige einwandfreie Erklärung für diese Erscheinungen, nämlich die, daß eine Gasexplosion im Wagen erfolgt ist. Die Wagen sind mit Oelgasbeleuchtung versehen und daher mit einem Oelgasbehälter ausgestattet. Sprengstoff ist also jederzeit vorhanden. Reines Gas explodiert nicht, wohl aber wird es zu einem gefährlichen Sprengstoff, sobald es sich mit Luft vermischt. Bei Oelgas erhöht zudem staubhaltige Luft die Entzündbarkeit des Gemisches wesentlich. In den besetzten Eisenbahnwagen waren beim Ausströmen des Gases die Vorbedingungen zu einer heftigen Explosion gegeben. Die Ausbreitung des Gas-, Luft- und Staubgemisches im Wagenabteil mußte im Falle der Entzündung genau die Wirkungen hervorrufen, die bei dem Duisburger Fall bekannt geworden sind. Ein Ausströmen von Gas war bei unvorsichtiger Behandlung der Einrichtung leicht möglich. Die Tatsache, daß fremdes Personal mit unbekannter oder ungewohnter Konstruktion stets unsicher arbeitet, tritt ja durch die unzähligen Eisenbahnunfälle unter dem Betrieb der Regie deutlich in Erscheinung. Es scheint, daß die Duisburger Explosion hierfür einen neuen Beweis liefert.

Der Berliner Metallarbeiterstreik beschlossen.

Berlin, 6. Juli. Eine neuere Meldung von heute früh besagt: In der Urabstimmung haben 120 444 für den Streik und nur 9094 für die Annahme des Schiedsspruches gestimmt. Heute früh um 6 Uhr sollten auf Aufforderung der Streikleitung etwa hundert, meist größere Betriebe der Metallindustrie stillgelegt werden. Ein allgemeiner Streik ist einstweilen noch nicht angeordnet. Es wird vorläufig eine Auswahl nach praktischen Gesichtspunkten getroffen werden. Als Zweck des Ausstandes gibt der „Vorwärts" an: Es handle sich nicht um eine einmalige Erhöhung des Lohnes, sondern um die prinzipielle Frage der wertbeständigen Löhne.

Ablehnung des Berliner Stadtetats.

Berlin, 6. Juli. Der Berliner Etat ist gestern endgültig gescheitert. In der vorgestrigen Konferenz beim Oberbürgermeister waren die Fraktionsführer einig geworden, den Etat gestern unter Dach und Fach zu bringen. In der Sitzung aber widersprachen die kleinen Wirtschaftsparteien und die Kommunisten einer Beratung des Haushaltes in der Feriensitzung. Die Möglichkeit dazu war ihnen gegeben, weil nach der Geschäftsordnung der Widerspruch von 15 Mitgliedern genügt, die Behandlung einer Magistratsvorlage in einer Feriensitzung zu verhindern. Die Ablehnung des Etats ist ein in der Geschichte Berlins bisher noch nicht dagewesener Fall. Sie bedeutet eine schwere Bedrohung der wirtschaftlichen Lage Berlins und zugleich die Einstellung fast aller Notstandsarbeiten. Es ist also bei den Kommunisten bewußte Katastrophenpolitik. Die Situation ist einstweilen so, daß der Magistrat unter Aufsicht des Staatspräsidenten die Geschäfte allein weiter führen wird. Für die laufenden Ausgaben wird die Aufsichtsbehörde im Wege der Zwangsetatisierung sorgen. Vielfach glaubt man auch, daß dem Magistrat ein Staatskommissar zur Seite gestellt würde, was aber von anderer Seite wieder bestritten wird.

Ausland.

Brüssel, 6. Juli. Gestern nachmittag wurde in der Kammer das Vertrauensvotum für das Kabinett Theunis mit 93 gegen 63 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Türkisches Drängen auf Friedensschluß.

Lausanne, 5. Juli. Der erwartete Schritt der Türken auf die vorgestrige Note der Verbündeten ist bereits erfolgt. Ismed Pascha hat gestern abend den Verbündeten eine neue Note überreicht, in der er den Vorwurf zurückweist, daß die Verzögerung in der Lösung der drei strittigen Hauptfragen auf die Türken zurückfalle. Die türkische Delegation habe immer wieder darauf hingewiesen und gefordert, daß die Behandlung dieser Fragen beschleunigt werde. Die Verbündeten hätten aber die Verhandlung immer wieder verschoben. Ismed Pascha hofft, daß nun endlich diese lange angekündigten Instruktionen der Verbündeten eingetroffen sind, damit dem endgültigen Abschluß des Friedens keine Hindernisse mehr im Wege stehen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 7. Juli. Die Julnummer der Heimatbeilage führt uns nach Eßlingen, dem Mittelpunkt des überaus belebten gewerbereichen Neckartales zwischen Plochingen und Stuttgart. Eßlingen ist ein Platz uralter Geschichte. Diese Stadt ist für uns deshalb so anziehend, weil wir in ihr die Entwicklung vom alamannischen Dorf über die typische schwäbische Reichsstadt mit engen Gassen, dicken Mauern, unzähligen Türmen, überragt von der glänzenden Bergkrone der Burg auf dem Schönenberg, bis zur modernen sausenden, maschinenrasselnden großen Industriestadt verfolgen können. Rings um die Stadt zieht sich ein Kranz von Rebhängen und Obstgärten und die Filialdörflein und Filialhäuslein droben auf den Eßlinger Bergen liegen wunderschön in ihren Obstgärten drin. Dann dürfen wir nur den Namen des Generals Melac nennen, des Mädchens von Eßlingen, des Postmichels von Eßlingen, um eine ganze Reihe von sagenhaften und geschichtlichen Vorgängen, die für das ganze Land von Interesse sind, zu nennen.

Calmbach, 5. Juli. Die Kirche in Calmbach ist durch die edle Stiftung von 4 bemalten Kirchenfenstern, die Geburt, Taufe, Kreuzigung und Himmelfahrt Christi darstellend, welche die Familien Häberlen, Keppler und Gautzier

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gestiftet haben, um einen schönen Schmuck reicher geworden. Die Fenster wurden von Kunstmaler Jelin-Stuttgart entworfen und von der Firma L. und Th. Wilhelm-Rottweil ausgeführt und machen den Künstlern alle Ehre. Besonders angenehm auffallend ist das harmonische Zusammenstimmen der satten Farben und der gut getroffene Ausdruck der Gesichter, wie es Liebe und Ergebung, Trauer, Schmerz und Freude wiedergibt. Die Stifter haben ihrer Gemeinde in der Zeit der Geldentwertung durch die Schaffung bleibender Werte einen großen Dienst getan, die Kirche aus ihrer bisherigen Nüchternheit herausgehoben, und durch den Abschluß von dem hart an ihr vorüberflutenden Verkehr sehr zur Sammlung, Vertiefung und Verinnerlichung ihrer Besucher beigetragen. Die Gemeinde wird ihnen für ihren in dieser bewegten Zeit doppelt angenehm empfundenen Dienst herzlichen Dank wissen. Den Besuchern Calmbachs sei die Besichtigung des Kirchenfensters hiermit herzlich empfohlen.

Gräfenhausen, 6. Juli. Vor 14 Tagen fiel die Witwe des Gottlieb Roth so unglücklich vom Kirschbaum, daß sie sich schwere innere Verletzungen zuzog, denen sie nach 4 Tagen erlag, und heute geschah das gleiche Unglück. Die Ehefrau des Gustav Glauner alt fiel auch beim Kirschenbrechen herab, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. — Was ein Haken werden will, krümmt sich beizeiten. Bei Bäckermeister W. Waibel wurde eingebrochen und ungefähr 100 000 Mark entwendet. Als Täter wurde der 15jährige Edmund Keller von hier verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Wildbad, 4. Juli. Der Gemeinderat beschäftigte sich mit der Anbringung eines Bildes von Wildbad in der Bahnhofrestauration in Stuttgart. Das Bild in Größe von 3 bis 8 Metern kostet 8 Millionen Mark und wird vom Kunstmaler Martin Nikolaus gemalt. Die Platzmiete beträgt für 5 Jahre 10 Millionen, dann jährlich 30 Goldmark. Die Stadtgemeinde Wildbad trägt ein Viertel, die Badverwaltung ein Viertel und die restliche Hälfte tragen die Wildbader Hotels. Das Bild soll die schon angebrachten Bilder von Hohentwiel und Hohenneuffen ergänzen.

Baden.

Pforzheim, 6. Juli. Angezeigt wird eine Frau aus Bieselsberg, weil sie auf dem hiesigen Wochenmarkt für ein Pfund Butter 36 000 Mark verlangte, obwohl der allgemeine Preis 22 000 Mark betrug; der ganze Buttervorrat wurde beschlagnahmt und dem städt. Krankenhaus überwiesen.

Mannheim, 5. Juli. Das Schwurgericht begann am Mittwoch mit dem Prozeß gegen die Mörder des Kaufmanns Sina Aronsfrau, Eduard Däumling und Max Josef Ueber. Die Burschen sind 18 und 19 Jahre alt. Wie noch erinnerlich sein dürfte, ist der 62jährige Kaufmann Sina Aronsfrau am 22. Mai 1922 in seinen Geschäftsräumen von den beiden, die mit Masken und Schußwaffen versehen waren, überfallen worden. Als Aronsfrau ihrer Forderung zur Herausgabe von Geld nicht gleich nachkam, gab Däumling aus einer Armeepistole einen Schuß ab, durch den der Kaufmann sofort getötet wurde. Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß beide schon gemeinsam Fahrraddiebstähle verübt hatten. Däumling war früher bei dem Kaufmann Aronsfrau angestellt und wußte deshalb in dem Hause Bescheid. Nach der Tat hatten die beiden Burschen die Flucht ergriffen, waren aber später verhaftet worden. Da Beweise für ihre Täterschaft vorerst fehlten, wurden sie wieder freigelassen. In der Zwischenzeit wurde ein Unschuldiger mehrere Wochen in Untersuchungshaft gehalten. Im Februar d. Js. verriet sich Däumling im Verlauf einer Untersuchung wegen einer anderen Straftat. Die beiden Angeklagten sind Söhne anständiger Leute, kamen aber früh auf Abwege. Schundliteratur und andere üble Einflüsse haben sie zur Tat veranlaßt. Das Urteil lautete gegen Däumling auf 4½ Jahre und gegen Ueber auf vier Jahre Gefängnis. Als strafverschärfend kam die Schwere der Tat, als strafmildernd bei Däumling [illegible] jugend und seine erbliche Belastung und bei Ueber sein reumütiges Geständnis in Betracht.

Vermischtes.

Das Jubiläum der Taschenuhr. Die Taschenuhr kann dieses Jahr auf eine Vergangenheit von 400 Jahren zurückblicken. Sie wurde im Juni 1500 von dem Nürnberger Peter Henlein (auch Hele) zuerst in Gestalt eines Eies konstruiert und deshalb auch lange Zeit das „Nürnberger Ei" genannt. Aber erst im Jahre 1523, und zwar wieder im Juni, kam sie in die Oeffentlichkeit. Inzwischen hatte Henlein eine ganze Anzahl verfertig, die er zu verkaufen suchte. Es hatten sich aber außerdem Nachahmer gefunden, von denen praktischerweise die heutige Form gewählt wurde.

Ein Dorf durch eine Unwetterkatastrophe vernichtet. Ein furchtbares Unwetter hat das Dorf Tschöran (Kärnten) vollständig vernichtet. Die Häuser und Fabriken sind zusammengestürzt. In den Straßen liegt bis zu einer Höhe von 8 Metern das von den Bergen heruntergeschwemmte Geröll. Die österreichische Regierung hat eine Kompagnie Soldaten zum Eindämmen der Wildbäche nach Tschöran gesandt; an den Rettungsarbeiten beteiligt sich auch ein großes Aufgebot von Eisenbahnern. Zu gleicher Zeit haben schwere Hagelschläge im großen Umkreis, der die Gegend von Feldkirchen und das Glan- und Gurktal umfaßt, enormen Schaden angerichtet.

Das Mädchen mit dem Straußenmagen. Im Gemeindekrankenhaus von Ayr in Schottland wurde kürzlich an einem 27jährigen Mädchen eine Magenoperation ausgeführt, wobei dem Magen 7 Schlüssel, von denen einer über 10 Zentimeter lang war, mehrere Münzen, eine Medaille, ein Knopf, drei Sicherheitsnadeln, eine noch dazu geöffnet, eine kleine eiserne Kette und ein Thermometer entnommen wurden. Nach Entfernung dieser Metallmassen war auch die Krankheit, um derentwillen das Mädchen eingeliefert war, behoben und die Heilung nahm ihren normalen Verlauf.

Dr. Sigl, der seinerzeit berühmte Herausgeber des „Vaterland", saß im Wirtshaus, als ein Fremder, der Sigl kannte, von dem Zeitungsmann zwei Zeitungen kaufte, die „Münchner Neuesten", die er in der Hand behielt, und Sigls „Vaterland", das er in die Tasche steckte. „Warum," fragte Dr. Sigl, „kaufen Sie sich denn zwei Zeitungen?" „Die Neuesten lese ich," antwortete der Mann, „und das Vaterland brauche ich zu gewissen Zwecken." „Machen's nur so weiter," sagte Sigl, „dann werden's hinten bald gescheiter sein wie vorn!"

Seine Auffassung vom Leben. Mein kleiner Sechsjähriger sitzt in der Badewanne. Er ist durchaus nicht wasserscheu, und meine Frau hat jedesmal die größte Mühe, ihn wieder herauszukriegen. Ich vermute daher, daß er Anlage zum Seemann hat. Doch gleichviel — er sträubt sich auch diesmal wieder mit Händen und Füßen gegen das An-Land-Gehen und krakehlt, daß es nur so eine Art hat. Meine Frau wird energisch. Da verlegt der Schlingel sich aufs Bitten und Betteln und sagt schließlich mit Würde und Ueberzeugung: „Mutti, du mußt mich unbedingt in der Wanne lassen, ich will doch auch was vom Leben haben."

Eine öffentliche Gefahr.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger teilt mit: Nachdem die Verhandlungen mit den Druckpapierfabrikanten wegen des Papierpreises am Donnerstag, den 28. Juni, infofern ergebnislos verlaufen waren, als die Fabrikanten endgültig einen Preis von 7000 Mark für das Kilo forderten zuzüglich eines Aufschlags für Zellstoff, der nach dem Dollarkurs vom Samstag, den 30. Juni, festgesetzt werden sollte, und das Reichswirtschaftsministerium einen Preis von 6300 Mark auf derselben Grundlage errechnet hatte, während die Zeitungsverleger nur höchstens 6200 Mark als berechtigt anerkennen konnten, haben die Druckpapierfabrikanten ohne weitere Verhandlungen den Papierpreis auf 7380 Mark per Kilo festgesetzt. Dieser Preis soll aber nur bis zum 15. Juli als Festpreis gelten mit dem Vorbehalt, daß, wenn eine Kohlenpreiserhöhung eintritt, diese mit sofortiger Wirkung im Papierpreis zum Ausdruck kommen soll. (Steht unmittelbar bevor. Schriftl.) Für den Rest des Monats Juli, also vom 15. bis 31., soll der durchschnittliche Dollarkurs der vorausgegangenen Wochen maßgebend sein. Als Beispiel wird seitens der Fabrikanten folgendes angeführt: Der Dollarbriefkurs vom 1. bis 15. 7. stellt sich im Durchschnitt auf 140 000 Mark. So sollen von der Steigerung von 20 000 Punkten 50 Prozent auf den Papierpreis der ersten Julihälfte für die zweite Julihälfte daraufgeschlagen werden. Bei einem Fallen des Dollarkurses in der Zeit vom 1. bis 15. Juli unter 110 000 Mk. tritt in gleicher Weise eine Ermäßigung des Grundpreises ein. Auch für die zweite Hälfte des Monats Juli bleibt der Vorbehalt bestehen, daß, wenn eine weitere Kohlenpreiserhöhung eintritt, diese Mehrausgabe sogleich im Grundpreis zum Ausdruck kommen soll.

Die von den Papierfabrikanten gestellte Preisforderung haben die Vertreter des Zeitungsgewerbes bei den Verhandlungen als wesentlich zu hoch eingesetzt bezeichnet und müssen diesen ihren Standpunkt aufrechterhalten. Schärfsten Einspruch haben sie gegen die neuen Zahlungsbedingungen erhoben, die das Zeitungsgewerbe in ganz unzulässiger Weise belasten und bei der Struktur desselben nicht erträglich sind. Eine Anfrage an das Reichswirtschaftsministerium, ob von dieser Stelle weitere Verhandlungen mit den Fabrikanten in die Wege geleitet werden sollten, um den nach Ansicht der Zeitungsverleger viel zu hohen Preis für das Papier herunterzudrücken und die rigorosen Zahlungsbedingungen zu ändern, ist unbeantwortet geblieben.

Es muß daher angenommen werden, daß das Reichswirtschaftsministerium sich nicht weiter um die Festsetzung der Papierpreise bekümmern will. Somit wäre auch die Festsetzung der Preise für das Druckpapier, welches zur Herstellung der Zeitungen verwandt wird, schutzlos der Willkür der Fabrikanten ausgesetzt, wie man dies leider auch bei anderen lebenswichtigen Artikeln beobachten muß.

Der deutschen Presse erwächst die Pflicht, die Oeffentlichkeit auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die in einer derartigen Entwicklung liegen. Was diese gerade in der jetzigen Zeit bedeutet, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Handel und Verkehr.

Weilderstadt, 5. Juli. Für Milchschweine 1. Qualität wurden bezahlt 750 000—780 000 Mk., 2. Qual. 620 bis 670 000 Mk. das Stück.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 6. Juli. Der Landtag wird am Dienstag, 10. Juli wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen 14 Kleine Anfragen, die Zuständigkeit der Gemeindegerichte, Wasserkraftanlagen, Nachtrag zum Staatshaushaltsplan, Darlehen an den Webschulverein Reutlingen, Wohnungsabgabe und Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus, endlich Anträge zur strafrechtlichen Verfolgung von Mitgliedern des Landtags.

München, 6. Juli. Ein Gold- und Silberschatz im Werte von mehreren Milliarden ist in einem Dorfe zwischen Regensburg und Straubing gefunden worden. Es handelt sich um 3 Kupferkrüge, die mit Gold- und Silbermünzen aus dem 30jährigen Kriege gefüllt sind. Der Finder des Schatzes und sein Bruder, dem der Acker gehört, auf dem der Schatz gefunden wurde, sind über den Besitz des Schatzes in Streit geraten und haben die Entscheidung des Gerichts angerufen.

Düsseldorf, 6. Juli. Seit gestern sind alle Düsseldorfer Zeitungen von der Besatzungsbehörde verboten. Die von den Franzosen in deutscher Sprache herausgegebenen Zeitungen werden kostenlos verteilt. Damit ist die Bevölkerung Düsseldorfs jeder freien Meinungsäußerung beraubt und den Machenschaften des französischen Propagandadienstes wehrlos preisgegeben.

Berlin, 6. Juli. Die Streikleitung der Berliner Metallarbeiter gab heute für 60 Berliner Metallbetriebe mit rund 90 000 Arbeitern die Streikparole aus. Unter diesen Werken befinden sich fast alle Berliner Großbetriebe mit Ausnahme der A.E.G. Gegen 11 Uhr vormittags waren 60 Betriebe von der Arbeiterschaft stillgelegt. Die Ausführung von Notstandsarbeiten, vor allem die Bedienung der Kesselanlagen, durch die Streikenden ist sichergestellt. Für die nächsten Tage ist mit einer progressiven Ausdehnung des Metallarbeiterstreiks zu rechnen.

Berlin, 6. Juli. Wie die Blätter melden, wurde heute der päpstliche Nuntius Pacelli vom Reichskanzler zur Fortsetzung der Besprechungen empfangen. Der „Zeit" zufolge ist es noch ungewiß, ob die Verhandlungen im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß gelangen und eine amtliche Mitteilung veröffentlicht wird. Im Zusammenhang mit der Mission Pacelles wurden in den Blättern an die Reise des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth nach Rom Kombinationen geknüpft. Die „Zeit" erklärt, daß es als ausgeschlossen gelten könne, daß die Reichsregierung Dr. Wirth zu ihrem Beauftragten gewählt habe. Seiner Reise dürfe somit keine außenpolitische Bedeutung beizumessen sein.

Berlin, 7. Juli. Ueber die Unterredung des Reichskanzlers mit dem apostolischen Nuntius Pacelli geht uns folgendes Communique zu: Nuntius Pacelli hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiet zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des Heiligen Stuhls eingehend dargelegt. In seiner Erwiderung hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung eines gepeinigten Volkes und als verzweifelte Versuche der Notwehr zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem Heiligen Stuhl darin einig, jede verbrecherische Gewaltanwendung zu verurteilen.

Berlin, 7. Juli. Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben in später Abendstunde zu einer Einigung geführt. In Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortslohnzulage für Handwerker 8208 Mk. und für ungelernte Arbeiter 7689 Mk. ab 1. Juli betragen. Die Höchstsätze der Ortslohnzulage betragen künftig 50%. Die Verhandlungen über die Bezüge der Reichsbeamten und Angestellten werden heute vormittag geführt. Die eingeleiteten Verhandlungen über die Erhaltung des Lohnwertes sollen baldigst fortgeführt werden.

Berlin, 6. Juli. Durch die französische Presse geht die Nachricht, daß zwischen der Firma Krupp und der französischen Besatzungsbehörde ein Abkommen über die Fortschaffung der Kohlenvorräte getroffen worden sei. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist an dieser Meldung kein wahres Wort.

Berlin, 6. Juli. Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet: Heute vormittag begab sich in Duisburg eine Abordnung, bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Justizbehörden und der Geistlichkeit in das Hauptquartier des kommandierenden belgischen Generals, um diesem das Bedauern der Bürgerschaft über die jüngste Katastrophe auf der Rheinbrücke bei Hochfeld auszusprechen und um Befreiung der Geiseln zu bitten. Der General lehnte es ab, die Abordnung zu empfangen und ließ ihr durch einen Offizier erklären, daß eine Freilassung der Geiseln oder eine Erleichterung ihrer Lose, sowie eine Milderung der verhängten Sicherheitsmaßnahmen nicht in Frage kommen könne.

Berlin, 6. Juli. Wie das Reichsauswanderungsamt mitteilt, ist im Monat Mai d. Js. infolge der schlechten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland die Zahl der Auswanderungslustigen und Auswanderer ganz enorm gestiegen. An der Spitze stehen Arbeiter mit 60 bis 65 Prozent, es folgen Handwerker mit 15 Prozent, Angehörige des Handels mit 15 Prozent und Angehörige der freien Berufe mit 5—10 Prozent. Als Auswanderungsziel wählen die meisten die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die verschiedenen Länder Südamerikas; doch auch Afrika und Asien nehmen viele als das Ziel ihrer Auswanderung.

Rom, 6. Juli. Auf die Nachricht von den strengen Maßnahmen der französischen und der belgischen Regierung in den besetzten deutschen Gebieten wegen des Eisenbahnunglücks vom 30. Juni wies die Kurie die Nuntiaturen in Paris und Brüssel telegraphisch an, bei der französischen und belgischen Regierung Vorstellungen zu erheben und mitzuteilen, Seine Heiligkeit erwarte, daß keine Maßregeln ergriffen würden, die noch zu stärkerer Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen könnten.

Paris, 6. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist am 4. Juli abends 10 Uhr ein gewisser Wenhorr bei Aalenberg, westlich von Witten, von dem Posten Nr. 23 verletzt worden und an den Folgen seiner Verletzungen am Tage darauf gestorben. Nach der Havas-Darstellung soll er in Begleitung eines anderen Deutschen auf den Posten zugegangen sein. Auf das Kommando „Halt!" sei er in den Graben gesprungen und von da aus erneut auf den Posten zugegangen, worauf dieser von der Waffe Gebrauch gemacht habe.

Paris, 6. Juli. Havas wird aus Witten gemeldet, daß auf einen Posten des 23. Infanterie-Regiment mehrere Schüsse abgegeben worden seien, ohne zu treffen. Nach einer Havasmeldung hat am 5. Juli, morgens 2½ Uhr, eine französische Patrouille Deutsche beschossen, die sich auf dem Eisenbahnkörper zwischen Homburg und Neustadt befanden. Man habe Blutspuren entdeckt, Verhaftungen seien aber nicht vorgenommen worden. Sanktionsweise sei die Gemeinde (welche, wird nicht gesagt) aufgefordert worden, die Schuldigen binnen 48 Stunden auszuliefern. Der Nachtwehr sei auf 8 Tage verboten.

Paris, 6. Juli. Havas schreibt zu den im Publikum und in einigen Blättern zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen, daß die Hausbrandversorgung im kommenden Winter nicht ausreiche, folgendes: Die monatliche Kohlenförderung Frankreichs beträgt zur Zeit 3 350 000 Tonnen und wird in Laufe des Sommers auf 3 500 000 Tonnen gesteigert werden, sodaß die Ziffer des Vorjahrs um 800 000 Tonnen überschritten wird. Außerdem erhält Frankreich aus dem Saargebiet durch den Wegfall der Kohlenausfuhr nach Deutschland mindestens 100 000 Tonnen mehr als im Vorjahr. Von der Mehrförderung verblieb für den Verbrauch ein Ueberschuß von 600 000 Tonnen. Abgesehen von allen deutschen Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet werden täglich 15 000 Tonnen abgefahren, davon die Hälfte für Frankreich, was monatlich 225 000 Tonnen ausmacht. Demnach sind monatlich in Frankreich 850 000 Tonnen mehr verfügbar als im vergangenen Jahr. Was den Preis anbelangt, so kostet nicht verlesene französische Steinkohle 70 Franken ab Grube, in den höheren Qualitäten steigt der Preis bis auf 110 Franken per Tonne. Die Ruhrkohle wird zu einem entsprechenden Preis, d. h. zu 72 Franken pro Tonne ab Grubenstation abgegeben. Für Paris kommt der Oktroi von 50 Franken pro Tonne und die allgemeinen Unkosten in Höhe von 50 Franken pro Tonne hinzu. Die Angaben, die außer der Havas-Agentur auch im „Echo de Paris" und der „Journee Industrielle" von dem Minister für öffentliche Arbeiten gemacht worden sind, werden im „Echo de Paris" noch durch die Versicherung des Ministers für öffentliche Arbeiten ergänzt. Es werde selbstverständlich alles getan werden, um die Abfuhr aus dem Ruhrgebiet zu verstärken. Die Koksabfuhr vollziehe sich programmäßig und es seien alle Vorkehrungen getroffen, um sie mindestens in gleichem Umfang bis auf unbestimmte Zeit fortzusetzen.

Paris, 6. Juli. Die „Ere Nouvelle" veröffentlicht eine Londoner Korrespondenz, in der es heißt, es sei sehr wahrscheinlich, daß in einigen Tagen das Ministerium Baldwin mit oder ohne Zustimmung der französischen Regierung offiziell eine unzweideutige und ins einzelne gehende Erklärung über seine Reparationspolitik abgeben werde. Für das erste werde man nicht weitergehen, sondern neue Bemühungen machen, um eine Konferenz aller Länder über die Reparationsfrage zustandezubringen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

London, 6. Juli. Der Pariser Korrespondent der „Times" schreibt, in französischen Kreisen werde erklärt, daß Poincare auf die Parlamentsferien warte, die nächste Woche beginnen werden, da er dann für ernste diplomatische Verhandlungen die Hände frei habe. Eine diplomatische Autorität habe ihm, dem Berichterstatter, erklärt, die Hauptfrage, die manchmal aus den Augen verloren werde, sei die, ob eine gemeinsame Antwort auf das deutsche Angebot gesandt werden solle. Nach französischer Auffassung könne die einzige gemeinsame Antwort nur in der Aufforderung zur Einstellung des passiven Widerstands bestehen. Erst später dürfe dann die Prüfung der deutschen Note vorgenommen werden. Der Charakter der Ruhrbesetzung werde im Falle einer französisch-deutschen Zusammenarbeit weitgehend geändert werden, aber die Räumung dürfe nur parallel mit den deutschen Zahlungen vor sich gehen.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette" erfährt, daß die am Mittwoch zwischen Lord Curzon und dem italienischen Botschafter geführten Besprechungen fortgesetzt werden sollen. Italien sei bereit, Großbritanien bei dem Versuch, zu einer Regelung zu gelangen, zu unterstützen. Dieser Umstand werde vielleicht bewirken, daß Belgien zögere, dem Diktat Frankreichs Folge zu leisten. Unter Hinweis auf die Bewertung der alliierten Schulden an England, die Baldwin am Mittwoch im Unterhaus im Zusammenhang mit den Erläuterungen zu den Fundierungsabkommen mit Amerika machte, spricht der Berichterstatter die Vermutung aus, daß, wenn Großbritanien auf die ihm von Frankreich und Italien geschuldeten Summen verzichten sollte, die Frage der Schulden der beiden Länder an Amerika aufgeworfen werden dürfte.

London, 6. Juni. Der französische Botschafter hatte am späten Nachmittag eine Unterredung mit Lord Curzon. Der belgische und der italienische Botschafter wurden vorher von Curzon empfangen. Einzelheiten über die Unterredung waren bisher noch nicht zu erfahren.

London, 7. Juli. Reuter meldet aus Wellington in Neuseeland: Bei einer Eisenbahnkatastrophe sind 12 Personen getötet und 38 verwundet worden.

Moskau, 6. Juli. Der Patriarch Tichon legt in einem zweiten Hirtenbrief erstmalig öffentlich vor den Gläubigen ein Schuldbekenntnis mit den Worten ab: Ich tue für meine gegen die Sowjetmacht gerichteten Handlungen Buße und beklage deren Opfer. Ich fordere alle auf, welche in eine gemeinsame Aktion mit den Volksfeinden, den Monarchisten und den Weißgardisten, sich einließen, insbesondere die emigrierten Priester und die Führer des Konzils zu Karlowitz, Buße zu tun, da sie sonst vor das Kirchengericht in Moskau geladen werden müßten. Der Patriarch fordert schließlich zur Aufrechterhaltung der Einigkeit der Orthodoxen auf, da aus ihren Streitigkeiten nur der Katholizismus Nutzen zieht.

Washington, 6. Juli. Der britische Botschafter stellte gestern Bons des Vereinigten Königreichs im Betrage von 6500 Millionen Dollars dem amerikanischen Schatzamt zu. Dies ist die letzte Formalität in der Angelegenheit der Fundierung der britischen Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Juli. Der Reichstag verabschiedete heute zunächst den Nachtragsetat für 1923, den Gesetzentwurf über die Erhöhung der patentamtlichen Gebühren, sowie den Entwurf betreffend Aenderung der Rechtsanwaltsordnung. Der Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer der Bekanntmachung über die Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel über den 30. Juni dieses Jahres hinaus, wonach deutsche Flüchtlinge von den Gemeinden bei Zuweisung von Wohnungen vorzugsweise berücksichtigt werden sollen, wird in zweiter und dann auch in dritter Lesung endgültig angenommen. Dann tritt das Haus in die erste Lesung eines Antrags Bahr (Dem.) Tremmel (Ztr.) und Obermayer (Soz.) betreffend eine Verdoppelung der Wohnungsbauabgabe ein, die vom 1. Juli 1923 bis 31. Dezember 1924 auf 9000 Prozent des Friedensnutzungswertes festgesetzt werden soll. Die Gemeinden sind berechtigt, ihrerseits dazu noch mindestens denselben Hundertsatz zu erheben, so daß nach dem Antrag Bahr mindestens 18 000 Prozent zu zahlen wären. Nach der Begründung des Antrags durch den Abgeordneten Bahr (Dem.) wendet sich Abgeordneter Gutbrecht (Deutschnat.) gegen diesen, da es doch vor allen Dingen darauf ankomme, daß die Pflichtigen das Geld erst hätten, das sie hergeben sollten. Der Abgeordnete Eichhorn (Komm.) befürwortet den Antrag ebenfalls, da das Versprechen, die Wohnungsbauabgabe durch entsprechende Lohnerhöhungen für die arbeitende Bevölkerung auszugleichen, nicht gehalten worden sei. Schließlich wird der Gesetzentwurf in zweiter und sofort auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, eines Teils des Zentrums und der Kommunisten angenommen. Es folgt die zweite Beratung der Vorlagen, welche die Aufwertung der Verbrauchersteuern bezwecken. Mit der Beratung wird die der Novelle zum Kapitalverkehrssteuergesetz, zum Wechselsteuergesetz, des Entwurfs über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommens- und die Körperschaftssteuer, sowie eines kommunistischen Antrags, für die Sachwerterfassung durch Beteiligung des Reichs mit mindestens 50 Prozent an allen Industrieunternehmungen und dem Grundbesitz erreichen will, verbunden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der zuerst das Wort ergreift, betont, daß die Lösung des Problems der Wertbeständigkeit bei den Steuerzahlungen zwar dringend, aber außerordentlich schwierig sei. Für die Vorauszahlung sei es wichtig gewesen, den richtigen Multiplikator zu finden, um die Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Bei der Einkommensteuer solle der 25fache, bei der Körperschaftssteuer der 35fache Betrag als Vorauszahlung erhoben werden. Eine monatliche Zahlung der Umsatzsteuer würde das Einziehungsgeschäft erschweren, da sie sich nur bei einer beschränkten Zahl von Betrieben durchführen lasse. Bei den Besitzsteuern sei das Problem der richtig erfaßten Steuerkraft durch das Geldentwertungsgesetz noch nicht vollständig gelöst. Die rechnungsmäßige Einziehung der Umsatzsteuer werde sich nicht vermeiden lassen. Im Herbst würden wesentlich schärfere Vorschriften erlassen. Ueber die Neugestaltung der Einkommensteuer fänden gegenwärtig eingehende Verhandlungen statt. Zur Vermögenssteuer müsse eine neue Veranlagung mit dem Stichtag des 31. Dezember 1923 stattfinden, an dem das tatsächliche Vermögen sämtlicher Steuerzahler ohne Ausnahme festgestellt werden solle. Ein weiteres und das wichtigste Problem sei die Bewertung. Den steuerlich zu erfassenden Werten sei der am Stichtag ermittelte tatsächliche Wert zugrunde zu legen. Das werde durch eine Novelle zum Vermögenssteuergesetz geschehen. Bei land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz werde der Friedenswert nach dem Wehrbeitrag zugrunde gelegt und die inzwischen eingetretene Preis- und Wertentwicklung berücksichtigt. Eine entsprechende Ueberprüfung der Erbschaftssteuer werde vorgenommen. Die Besitzsteuern würden verdoppelt und die Börsenumsatzsteuer nach den veränderten Verhältnissen erhöht. Die Verbrauchssteuern müßten der Geldentwertung besser angepaßt werden. Zum Schluß wies der Minister die Meinung als falsch zurück, daß die Steuerzahler in Deutschland besser behandelt würden als die in anderen Ländern. — Darauf wird der Lohnstabilisierungsantrag mit Zustimmung der Antragsteller auf die morgige Sitzung zurückgestellt. — Abgeordneter Dr. Hertz (Soz.) sieht einen wesentlichen Grund für den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands in den Fehlern unserer Steuerpolitik. Weiter betont der Redner, daß seine Partei mit der Ablehnung eines automatischen Steuerindex nicht einverstanden sein könne. Auch die vorgeschlagene Erhöhung der Steuervorauszahlung genüge nicht, um das Steuerunrecht gegenüber den Nichtbesitzenden wieder gut zu machen. Die Erhöhung der Verbrauchssteuern sei unvermeidlich, wenn auch ihre finanzielle Wirkung sehr gering sein werde. — Abgeordneter Höner (Ztr.) betont, daß eine gerechte Anpassung der Steuern an die Geldentwertung notwendig sei. Bei den indirekten Steuern sei das teilweise erreicht. Durch die Erhöhungen der Vorauszahlungen auf das 25- bzw. 35fache könne das jetzige Steuerunrecht gemildert werden. Neue Bewertungsvorschriften seien dringend notwendig. Auch sei die Möglichkeit für eine Vorauszahlung der Umsatzsteuer zu prüfen. Er begrüße die vom Reichsfinanzminister angekündigten Reformen, vor allem die Ermittelung eines Gegenwartswertes für die Vermögenssteuer. Trotz der Erklärungen des Ministers müsse die Einschaltung eines automatischen Faktors in die Besitzsteuern versucht werden. — Abgeordneter Scholz (DVp.) erklärt, daß der Besitz gern schwere Lasten tragen würde, wenn dadurch die Befreiung des deutschen Volkes zu erlangen wäre. Seine Partei wolle den Besitz nach Kräften belasten, doch liege die Grenze da, wo zur Deckung der Steuern die Substanz angegriffen werden müsse. Der 25- bzw. 35fache Multiplikator für die Vorausbezahlung der Einkommens- und Körperschaftssteuer könne leicht zur Schädigung der kleinen und mittleren Betriebe führen. Redner verlangt bei der Steuerpolitik Rücksicht auf den Mittelstand und erklärt, daß seine Partei eine den Mittelstand ruinierende Steuerpolitik nicht mitmache. — Abgeordneter Dr. Helfferich (Deutschnat.) sagt, die sozialdemokratischen Vorschläge für eine automatische Anpassung hätten sich als undurchführbar erwiesen. Es sei richtig, daß die unter anderen Verhältnissen geschaffenen Bewertungsvorschriften heute nicht mehr angewendet werden könnten. Seine Partei behalte sich ihre Stellungnahme zu den Vorschlägen des Finanzministers vor. — Abgeordneter Keinath (Dem.) stimmt den Vorlagen zu, weil sie wenigstens eine kleine Besserung der Finanzlage versprächen, wendet sich aber dagegen, daß dieser das jetzige System der Einkommensteuer beibehalten wolle. Redner betont zum Schluß, daß er auf die Forderung der Festmarkrechnung nicht verzichten könne. — Nach einigen weiteren Bemerkungen eines Vertreters der bayerischen Volkspartei und der Kommunisten ist die allgemeine Aussprache beendet. Die Einzelberatung wird auf Samstag vertagt. Außerdem wird der sozialdemokratische Antrag betreffend den Schutz der Währung und die Sicherstellung wertbeständiger Löhne zur Beratung kommen, wobei mit einer großen innerpolitischen Aussprache zu rechnen ist. Ob noch vor den Sommerferien eine außenpolitische Aussprache stattfindet, steht bei Schluß der Sitzung noch nicht fest.

Erhöhung der Buchdruckerlöhne um 50 bzw. 75 Prozent.

Berlin, 7. Juli. Der deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Das Zentralschlichtungsamt der deutschen Buchdrucker hat in später Nachtstunde einen Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der jetzigen Löhne ab 7. Juli um 50 Prozent und für die darauffolgende Woche um 75 Prozent auf die gegenwärtigen Löhne festsetzt. Diese Lohnerhöhung bedingt in Verbindung mit der weiteren Materialpreissteigerung eine Erhöhung der gegenwärtigen Druckpreise um 70 Prozent vom 7. Juli ab.

Sondierungsversuche über Deutschlands Stellung zum Völkerbund.

Basel, 6. Juli. Wie den „Basler Nachrichten" von ihrem Korrespondenten aus Berlin mitgeteilt wird, wurde vor etwa zwei Wochen in Berlin von englischer Seite sondiert, ob Deutschland in den Völkerbund eintreten wolle. Wenn Deutschland seine bisherige Haltung in dieser Frage aufgebe, so hieß es bei dem englischen Sondierer, könnte man eine Möglichkeit zur Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen versuchen, indem der Völkerbund es dann übernehmen müßte, den Streit zwischen Frankreich und Deutschland zu schlichten. Die deutsche Regierung habe die Sondierung nicht ablehnend beantwortet und die englische Regierung wissen lassen, daß sie bereit sei, unter zwei Bedingungen in den Völkerbund einzutreten, nämlich **1. daß Deutschland auch in den Völkerbundsrat aufgenommen werde und 2. daß mit einem Aufnahmegesuch Deutschlands kein Bekenntnis der Kriegsschuld verbunden würde.** Nach der Rücksprache, die der Reichskanzler bisher mit den Parteien hatte, erkläre sich die Sozialdemokratie unbedingt für den genannten Plan, ebenso Zentrum und Demokraten. Die Deutsche Volkspartei habe noch keine Beschlüsse gefaßt. — Eine Bestätigung des Inhalts dieser Meldung von deutscher Seite liegt noch nicht vor.

Verhör der Saar-Regierung vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 6. Juli. Der Völkerbundsrat trat heute vormittag um 10 Uhr zu einer geheimen Sitzung zusammen, um das in der Dienstagsitzung beschlossene Verhör der Mitglieder der Regierungskommission des Saargebiets vorzunehmen. Sämtliche Mitglieder der Regierungskommission waren erschienen: Der Präsident Raoult (Frankreich), der Belgier Lambert, der Kanadier Waugh, der Däne Moltke-Huitfeld und das saarländische Mitglied Land, das bekanntlich trotz des Protestes der saarländischen Bevölkerung bei der letzten Ratstagung an Stelle des ausgeschiedenen Hector ernannt worden war. Auch der französische Generalsekretär der Regierungskommission, Morise, nahm an der Sitzung teil. Der nichtöffentliche Charakter der Sitzung ist auf den dringenden Wunsch des französischen Ratsmitglieds Hanotaux zurückzuführen. Lord Cecil fügte sich nur zögernd diesem Wunsch und, wie er erklärte, nur deshalb, weil in der Debatte zahlreiche persönliche Fragen berührt wurden. Das Verhör dauerte mehrere Stunden und war größtenteils ein Dialog zwischen Lord Robert Cecil und dem französischen Präsidenten der Regierungskommission, der sich in sehr heftiger Weise gegen die Vorwürfe, die seine Regierungstätigkeit hervorgerufen hat, verteidigte. Cecil legte, wie man hörte, großen Wert darauf, nicht nur die letzten Vorgänge im Saargebiet und die Notverordnung, sondern das ganze Verwaltungssystem zu prüfen, um gegebenenfalls allgemeine Richtlinien für die künftige Verwaltung auszuarbeiten. Da die Sitzung streng geheim war und bisher keine Mitteilungen gemacht wurden, sind Einzelheiten nicht bekannt. Es scheint aber festzustehen, daß ein großer Teil des Verhörs der Frage nach den Beziehungen der Mitglieder der Regierungskommission zu ihren verschiedenen Regierungen und insbesondere nach dem schriftlichen Verkehr zwischen Raoult und der französischen Regierung galt. Auch hört man, daß beabsichtigt sei, in Zukunft die Präsidentschaft der Regierungskommission, die bisher ständig von dem französischen Mitglied ausgeübt wurde, abwechselnd durch alle Mitglieder ausüben zu lassen. Man ist gespannt auf die Aussagen des kanadischen Ratsmitglieds, der den letzten Bericht der Regierungskommission, das heißt des Präsidenten Raoult, und ihre Haltung in der Notverordnungsfrage auf das entschiedenste mißbilligt hat. Die Sitzung dauerte um 1 Uhr noch an. Es ist noch nichts darüber bekannt, ob noch die Vertreter der Bevölkerung, wie von Branting angeregt worden war, verhört werden sollen. Auf jeden Fall wird ein derartiges Verhör von den hier weilenden Vertretern des Landesrats, die die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei, das Zentrum und die Liberale Volkspartei vertreten, als absolut notwendig bezeichnet.

Frankreichs Wunsch nach belgischer Vermittlung.

Paris, 6. Juli. Wie der offiziöse „Petit Parisien" mitteilt, hat sich keine neue Tatsache im Meinungsaustausch zwischen London und Paris ergeben. Jedoch glaubt das Blatt, daß nunmehr die belgische Regierung, nachdem die innere Krisis beseitigt ist, sich in aktiverer Weise mit den äußeren Problemen, wie dem Wunsche, eine Annäherung zwischen Frankreich und England baldigst herbeizuführen, beschäftigen wird. Schon im Monat Juni habe Theunis Poincare daran erinnert, daß Belgien wohl entschlossen sei, den Kampf an der Seite Frankreichs bis zum Ende durchzuführen. Er habe zu gleicher Zeit aber darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Lage Belgiens nicht so befriedigend sei wie die französische, und daß es infolgedessen im Interesse Belgiens liege, die Ruhraktion so rasch wie möglich abzukürzen. Die Lage Belgiens habe sich inzwischen nicht gebessert. Das beweise das Sinken des belgischen Franken nicht nur in bezug auf das Pfund, sondern auch in bezug auf den französischen Franken. Unter diesen Umständen sei es nicht zweifelhaft, daß die erste Anstrengung des belgischen Kabinetts, nachdem man sich über die wirklichen Absichten Deutschlands durch die jüngst aus Berlin erhaltenen Nachrichten unterrichtet habe, die sein werde, die Aktion zu beschleunigen, sei es, um den deutschen Widerstand zu brechen oder um das unerläßliche Einverständnis mit den Alliierten vorzubereiten. Die Funktion Belgiens in den nächsten Tagen wird also nach dem halbamtlichen Blatt die eines „Beschleunigers" sein. Obzwar es unrichtig sei, daß man in Brüssel daran gedacht habe, eine Konferenz aller Alliierten zu veranstalten, wäre es nicht überraschend, wenn Theunis sich bemühen werde, aufs neue dieser Tage mit Poincare zusammenzutreffen, um die Zusammenarbeit der beiden Länder in dieser heiklen Lage zu vertiefen.

Poincares Drängen auf Ratifikation des Washingtoner Abkommens.

Paris, 6. Juli. Die zuständige Kammerkommission hat auf Drängen des Ministerpräsidenten gestern beschlossen, morgen nachmittag im Plenum einen Ratifikationsentwurf über das Washingtoner Abrüstungsabkommen einzubringen. Der „New-York Herald" nimmt an, daß Poincare entschlossen gewesen sei, während dieser Gelegenheit die Vertrauensfrage zu stellen. Jedenfalls habe er sich auf dringende politische Gründe berufen. Das genannte Blatt glaubt, hierzu mitteilen zu können, daß ein Mitglied der amerikanischen Botschaft in Paris in den letzten drei Tagen mit Personen im Quai d'Orsay über das Washingtoner Abkommen verhandelt habe und man nehme an, daß dieses Mitglied der amerikanischen Botschaft einen Vorschlag Washingtons überbracht habe, die Ratifikation des Abkommens zu beschleunigen, um den ständigen Kritiken in Kreisen des amerikanischen Kongresses ein Ende zu machen, die gegen Frankreich den Vorwurf erhöben, es hintertreibe bewußt die Ratifikation des Hardingschen Friedenswerkes, um auf diese Weise die Streichung der interalliierten Schulden zu fordern.

Englisch-französischer Luftpakt — gegen Deutschland!

Paris, 6. Juli. Der ehemalige Finanzminister Klotz, der sich in London befindet, hat gestern abend im Carlton-Frauenklub eine Rede gehalten, in der er auf die Notwendigkeit des Abschlusses eines Paktes über die Luftverteidigung hinwies. In dem Augenblick, in dem die Verhandlungen zwischen den beiden Generalstäben eingeleitet würden, könnte man gemeinsam von Deutschland verlangen, daß es sich den Verpflichtungen unterwerfe, die es auf diesem Gebiet wie anderwärts unterzeichnet habe. Auch die beiden Marinen könnten sich zu herzlichen Aussprachen verstehen. „Warum", so fragte Klotz, „geben wir uns den unduldsamen Anschein eventueller Gegner? Wenn wir für den Frieden so eng vereint wären, wie wir es für den Krieg waren, dann könnte dieselbe Ordnung, wie sie durch die Verträge und durch die internationale Gerechtigkeit aufgerichtet wurde, nicht mehr gestört werden. Alle perfiden Absichten des Feindes von gestern, der revanchedurstig ist, und die heutigen Mißverständnisse zwischen Frankreich und England, die meist von denen unterstützt werden, die das unmittelbarste Interesse daran haben, wären unmöglich gemacht worden."

Deutsche Geiseln als Schutz französischer Züge.

Paris, 6. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf haben die belgischen Militärbehörden im Anschluß an das Eisenbahnunglück auf der Duisburger Brücke beschlossen, deutsche Staatsangehörige als Geiseln in den Zügen mitzunehmen, um dadurch neue Sabotageakte zu verhindern. In jedem Wagen der einzelnen Züge sollen ein oder zwei Deutsche als Geiseln mitfahren, und wenn trotzdem die Sabotageakte kein Ende finden, soll die Zahl der deutschen Geiseln erhöht werden. Die Havas-Agentur verwendet sorgfältig das Wort „Geiseln" und spricht von Garantien, die durch die zwangsweise Mitnahme von deutschen Personen gegeben werden sollen.

Versäumte Juli-Abonnements

können bei allen Postanstalten, Postboten und Agenturen, in der Stadt beim Verlag und den Austrägerinnen nachgeholt werden.

Erschienene Nummern werden nachgeliefert.

Jede Postanstalt, jeder Briefträger und Postbote sind zur Annahme von Monatsbestellungen verpflichtet.

Geburtstags- Namenstags- Künstler- | Postkarten

in schöner Auswahl in der

C. Meeh'sche Buchhandlg., Neuenbürg,
Inh.: D. Strom.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Zuckerversorgung.

Die Kleinhandelshöchstpreise für Verbrauchszucker für Monat Juni betragen für 1 Pfund

Kristallzucker	3200 ℳ
Sandzucker	3300 ℳ
Würfelzucker	3300 ℳ
Brote-(Hut-)Zucker ohne Verpackung gewogen	3300 ℳ

Die Kleinhändler sind berechtigt, zu den vorstehenden Preisen die Bahnfrachtkosten von der Zuckerfabrik bis zur Empfangsstation des Zuckergroßhändlers (Neuenbürg) aufzurechnen. Diese betagen rund 385 Mark pro Pfund. Die Transportkosten vom Lager des Großhändlers bis zu den Versorgungsstellen gehen zu Lasten des Kleinhändlers und sind nicht anrechnungsfähig.

Der Junizucker gelangt in den nächsten Tagen zur Ausgabe, der Anspruch beträgt 3 Pfund pro Kopf. Zur Einlösung gelangt die Zuckermarke Nr. 9. Den Verbrauchern wird angeraten, den Zucker voll abzunehmen. Ein Drittel ist als Einmachzucker bestimmt. Die Abnahme des Zuckers muß längstens bis 25. Juli erfolgen.

Neuenbürg, den 3. Juli 1923.

Kommunalverband:
Wagner.

Kleinverkaufspreis für Kohlen.

Der Kleinverkaufspreis für Braunkohlenbriketts wird festgesetzt **ab 1. 7. 1922 auf**

Mk. 29200 pro Zentner

ab nächstliegender Bahnstation.

Nicht unter den Kleinverkaufspreis fallen weitergehende Leistungen des Handels, wie Abfuhr zum Lager des Händlers, Transport zur Wohnungsgemeinde oder zur Wohnung des Verbrauchers. Anrechnungen hiefür dürfen nach ortsüblichen Preisen gemacht, müssen aber getrennt in Rechnung gestellt werden.

Neuenbürg, den 5. Juli 1923.

Kommunalverband:
Wagner.

Wir suchen tüchtige weibliche

Hilfskraft.

Nur Bewerberinnen mit mehrjähriger Büropraxis und guter Schulbildung wollen sich melden. Bezahlung nach der Besoldungsordnung unter Anrechnung von Privatdienstzeiten.

Oberamtssparkasse.

Gemeinde Schwann.

Wiederholter

Stammholz- und Stangen-Verkauf

auf schriftliche bedingungslose Angebote der Landesgrundpreise, welche bis

Dienstag, den 10. Juli 1923, nachmittags 7 Uhr,

beim Schultheißenamt einzureichen sind:

188 Fm. tann., ficht. und forch. Stammholz und Sägholz; 59 Bau-, 11 Hag- und 16 eichene Derbstangen; 9 Fm. eich. Stammholz V. u. VI. Kl.

Feldrennach.

Der

Viehmarkt

am **10. ds. Mts.** ist oberamtlich gestattet unter den seitherigen Beschränkungen.

Auftrieb **von 8 Uhr ab.**

Schultheissenamt.

Arbeiter und Angestellte der freien Gewerkschaften

von Neuenbürg und Umgebung.

Am **Sonntag, den 8. Juli 1923, nachm. 2 Uhr,** findet im **Gasthaus z. „Eintracht"** in **Neuenbürg** eine

Versammlung

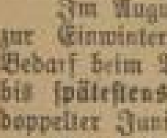
statt.

Stellungnahme und Gründung eines Gewerkschafts-Kartells.

Referent: Gewerkschaftssekretär **Büttner-Pforzheim.**

Erscheint zahlreich!

D. O. V.



Bezirksverein für Bienenzucht Neuenbürg.

Im August sind vielleicht noch **2—3 Pfund Zucker** zur Einwinterung erhältlich. Imker meldet alsbald den Bedarf beim Vertrauensmann, welcher die Sammelliste mir bis **spätestens 15.** übersendet. Voraussichtlich mehr als doppelter Junipreis.

Den 7. Juli 1923. **Vorstand:** Moll.

Stadtpflege Neuenbürg.

Der

Kirschenertrag

von den städt. Bäumen wird **nächsten Montag** versteigert. Zusammenkunft abends 6 Uhr beim Bezirkskrankenhaus.

Brennstoffversorgung.

Die Rückstände für Kohlen und Briketts (1 Ztr. 4000 ℳ, Rechnungen werden nicht ausgegeben), ebenso für Brennholz wollen in Bälde beglichen werden.

Stadtpfleger Essich.

Futterkalk

Marke Fraschko!

Ein größ. Quantum gewürzter phosphor u. kohlensaurer **Futterkalk mit Nährsalzgeh.** hat noch weit unter dem Tagespreise abzugeben so lange Vorrat reicht! Es werden auch kleine Quantum (5 Kilo) abgegeben, auf Wunsch auch zugeschickt.

Karl Strobel,
Birkenfeld/Pforzheim.

Niederlage bei **Karl Krauß,** Glasermeister **Neuenbürg.**

Pforzheim.

Ein guterhaltenes

Tenorhorn

preiswert zu verkaufen

Oskar Frank,
Oestl. Karl-Friedrichstraße 35, 3. Stock.

Langenbrand.

Ein schönes 1jähriges

Zucht-Rind

setzt dem Verkauf aus

Wilhelm Keppler,
Schreiner.

Blattläuse
und sonstige
Pflanzenschädlinge
in Obst- und Gemüsegärten vernichtet man am schnellsten, indem man zwei Eßlöffel voll

Parasidol

mit 10 Ltr. Wasser vermengt und damit die betroffenen Pflanzen befeuchtet.

Erhältlich in der

Markt-Drogerie,
Pforzheim, Marktplatz 12, Fernruf 379.

Württ. Forstamt Hirsau.

Nadelstammholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich.

Aus Staatswald Weckenhardt, Altburgerbg. und Lützenhardt 297 Fo. mit Fm. Langh. 40 I., 79 II., 80 III., 47 IV., 15 V., 1 VI. Kl., Sägh.: 6 I., 15 II., 3 III Kl., 2186 Ta. mit Fm. Langh.: 427 I., 839 II., 599 III., 180 IV., 97 V., 16 VI. Kl., Sägh.: 73 I., 78 II., 20 III. Kl. Schriftliche Gebote bis spätesten **Dienstag, den 17. Juli** nachm. 1 Uhr ans Forstamt. Eröffnung der Gebote 1½ Uhr im „Rößle" in Hirsau. Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke von der Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.

Einzug von Forderungen

Beratung von Steuersachen pp.

durch

Inkasso-Geschäft Wolfinger,
Neuenbürg.

Vertreter gesucht!

Führende Hamburger

Salz-Großhandlung

sucht für den hies. Bezirk nachweisbar gut eingeführten Vertreter zu besonders günstigen Bedingungen. Ausf. Angeb. u. S. B. 1649 an die **Invalidendank,** Ann.-Exped., **Stuttgart.**

Kaufe

Gold, Silber, Platin, alte Schmuckstücke

zum Einschmelzen, sowie

Gold- und Silbermünzen

(auch deutsche).

August Mersch, Pforzheim,
Edelmetallhandlung, **Waisenhausplatz 4.** Telefon 3468.

Verkaufsstelle in Herrenalb:

Erhard Kürble.

Die beste Bezugsquelle

für

Herren- und Burschen-Anzüge, Hosen, Joppen

für Sonn- und Werktag, ist nur das

Verkaufslager Pforzheim, Tal 2, 1. St.

Kein Laden! Nur Tal 2, 1. Stock. Kein Laden!

☞ **Bitte genau auf Adresse zu achten.** ☜

Dobel, den 6. Juli 1923.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter und Großmutter

Karoline König, geb. Wacker,

im Alter von 78 Jahren nach längerer Krankheit Donnerstag abend ¼6 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Karl König, Holzhauer, **mit Familie.**

Beerdigung: Sonntag nachmittag 2 Uhr.

Warnung

an die Einwohner von Neuenbürg u. Umgebung.

Wir warnen hiermit jedermann, **Hüte** an diejenigen abzugeben, die die Umgebung bereisen und Fasonierhüte einsammeln und den Preis von 65000 Mark verlangen. Es ist daher geraten solche Hüte an Modistinnen oder gleich an die Fasonieranstalten selbst abzugeben, denn der Preis ist zur Zeit:

für Fasonieren	**25000 Mark,**
Band extra	**10000 Mark,**
Leder extra	**4000 Mark.**
Summa	**39000 Mark.**

Einige Modistinnen.

Neuenbürg.

Schwarze

Johannisbeeren

kauft jedes Quantum

Schmidt & Großkopf.

Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen

aller Art kaufen Sie am billigsten bei

Eugen Müller, Birkenfeld, Telefon 18.

Niederlage: **Karl Kaiser,** Enzklösterle.

Damenhüte — Jumper

stets letzte Neuheiten in Formen und Farben.

Umpressen u. Umarbeiten jeder Art Damen-Hüte.

Friedrich Dann, Pforzheim, Zerrennerstrasse Nr. 12. Telefon Nr. 2794.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

6. Juli 1923.

Devisen: Amtl. Mittelkurse:	
Amerika	176000.—
Holland	69000.—
Schweiz	30400.—
England	800000.—
Frankreich	10300.—
Festverzinsl. Staatspapiere:	
5% Dt. Reichsanleihe	250.—
4% " "	—.—
3½% " "	—.—
3% " "	34500.—
Dtsch. Sparprämienanleihe	2000.—
4% Württ. Staatsanleihe	1000.—
3½% " " v. 1875	500.—
3½% " versch.	200—5000
3% " "	6000.—
Stadtanleihen u. Pfandbriefe:	
4% Stuttg. Stadtanl.	200.—
3½% " v. 1877—80	100.—
3½% " v. 1904	400.—
4% W. Hyp.-Söbdf.	800.—
3½% "	600.—

Industrie-Aktien:	
Hapag-Aktien	—.—
Nordd. Lloyd-Aktien	64000.—
Deutsche Bank-Aktien	72000.—
Diskonto-Com.-Anteile	81000.—
Rhein. Creditbank-Akt.	21000.—
Württ. Vereinsbank-Akt.	120000.—
Badische Anilin-Akt.	61000.—
Höchster Farbwerke-Akt.	60000.—
Bochumer Guß-Akt.	210000.—
Dt Luxemb. Bergw.-Akt.	220000.—
Harpener Bergbau-Akt.	390000.—
Benz-Motoren-Akt.	70000.—
Daimler-Motoren-Akt.	24000.—
Badenia maschinenf.-Akt.	140 00.—
Heidelberg. Cementw. Akt.	37000.—
Köln-Rottweiler	60000.—
Gebrüder Junghans-Akt.	70000.—
Salzw. Heilbronn-Akt.	220000.—

Tendenz: stürmisch fest.

Neuenbürg.

Kaufe 4—5 junge, kleine

Gänse.

Gerberei **Bozenhardt.**

Leistungsfähige

Maschinen-Großhandlung

Württembergs

sucht

zum Vertriebe ihrer erstklassigen, bewährten landwirtsch. Maschinen in Landwirtkreisen bestegeführten Herrn als

Vertreter

bei sehr günstigen Bedingungen. Angebote unter S. V. 5083 an **Rudolf Mosse, Stuttgart** erbeten.

Gottesdienste in Neuenbürg

Sonntag, den 8. Juli.
6. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest.
½10 **Uhr** Pred. (Joh. 3, 1–8 Lied 487):
Dekan Dr. Megerlin.
½2 Uhr Christenlehre (Söhne):
Stadtvikar Geiger.
½4 Uhr Bibelstunde in Waldrennach
Stadtvikar Geiger.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus; zugleich Vorbereitung und Beichte auf das Abendmahl am 15. Juli.
Stadtvikar Geiger.

Katholisch. Gottesdienst in Neuenbürg

Sonntag, den 8. Juli.
kein Frühgottesdienst.
9 Uhr Predigt und Amt.
½2 Uhr Christenlehre und Andacht.

Methodisten-Gemeinde

Prediger E. Langl.
Sonntag vorm. 10 Uhr Predigt.
" " ½12 Uhr Sonntagschule.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde.